

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegramm-Adresse: Textilpraxis Berlin

**Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!**

Anzeigen die sechsgepaaltene Kleinzeile 150 Mark  
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Zehms, Berlin D 27,  
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 55886), zu richten. — Bezugs-  
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

**Inhalt:** Raubpläne der Industriellen. — Die Besetzung des Ruhrgebiets. — Das Serum gegen den unionistischen Bazillus — Die Arbeiterinnen. — Das Serum gegen den unionistischen Bazillus — Die Zierden des Unternehmertums. — Betriebsorganisation. — Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in den Textilbetrieben innerhalb des Gebietes des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Jahre 1922. — Kommunistische Ueberzeugungslosigkeit. — Bericht über Wochenhilfe. — Aus den Gewerkschaften. — Unterstützungsfälle für die Wehrtragsklassen von 110 bis 500 M. (Statutenänderung). — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Bekanntmachung. — Arbeiterinnenkonferenz in Sagan. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Wirtschaftliche Zeit- und Streitfragen (II).

## Raubpläne der Industriellen.

Wie wir bereits in der vorigen Nummer des „Textilarbeiters“ mitteilten, haben die Unternehmerverbände auf Anweisung des Gesamtverbandes Deutscher Industrieller für den Monat Januar jede Lohnerhöhung abgelehnt. Die Industriellen sind den Anweisungen des Gesamtverbandes gefolgt und haben in allen Bezirken die Lohnforderungen der Arbeiterschaft glatt abgelehnt, obwohl die Steigerung der Reichsindexziffer für den Monat Dezember 53,6 Proz. beträgt. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ begleitet diese Anweisung des Gesamtverbandes Deutscher Industrieller noch mit einem besonderen Aufsatz „Vorsicht bei Neuabschluss von Lohnabkommen“, indem sie die Behauptung kurzerhand aufstellt, daß die Steigerung der Reichsindexziffer im Dezember durch die im gleichen Monat erfolgten vielfach vorgenommenen Lohnerhöhungen, die im Durchschnitt etwa 60 Proz. der Novemberlöhne betragen, bereits fast überall voll abgegolten wäre. Der Reichsindex für Dezember habe das 685fache der Vorkriegszeit betragen und in der Gladbacher Textilindustrie der Lohn eines verheirateten Webers das 810fache und der Lohn einer Weberin das 890fache des Vorkriegslohnes. Demnach ist nach der „Arbeitgeber-Zeitung“ die Teuerung vollständig durch die Lohnerhöhung ausgeglichen, ja sogar um ein vielfaches überschritten.

Die Behauptungen der „Arbeitgeber-Zeitung“ erweisen sich jedoch als hahnenbüchener Unfuss, die mit der Wahrheit nichts gemein haben und nur aufgestellt werden, um das unverständliche, von einer unerfülllichen Habgier zeugende Vorgehen der Unternehmer zu bemänteln, indem man durch solche Behauptungen die Deffektivität bewußt irreführen sucht. Wenn die Behauptungen der „Arbeitgeber-Zeitung“ richtig wären, daß die Indexsteigerung vom Dezember bereits durch die Lohnbewilligungen im Dezember abgegolten wäre, dann müßten die Lohnerhöhungen gleichzeitig mit der Teuerung gestiegen sein. Dies trifft jedoch nicht zu. Die Lohnerhöhungen sind immer langsam nach den Preissteigerungen erfolgt, und zwar in der Weise, daß die Spanne zwischen den Preissteigerungen und Lohnerhöhungen immer breiter wurde. Die im Dezember bewilligten Lohnerhöhungen sollten deshalb einen Ausgleich für die Preissteigerungen im November darstellen. Nach der „Arbeitgeber-Zeitung“ sind im Dezember 60 Proz. Lohnerhöhungen bewilligt worden. Der Reichsindex zeigte jedoch für den Monat November eine Preissteigerung von über 102 Proz. an. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Lohnerhöhungen um über 40 Proz. hinter der Preissteigerung in einem einzigen Monat zurückgeblieben sind. Dieses eine Beispiel zeigt zur Genüge, daß die Lohnerhöhungen den Preissteigerungen nicht im entferntesten gefolgt sind.

Auch daß in der Gladbacher Textilindustrie der Wochenlohn eines verheirateten Webers das 810fache der Vorkriegszeit und der Lohn einer Weberin das 890fache der Vorkriegszeit betrage, stimmt in keiner Weise. Wir haben die Löhne in der Gladbacher Textilindustrie in der Vorkriegszeit und die im Dezember des vorigen Jahres gezahlten nochmals überprüft und sind bei unseren Rechnungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Lohnsteigerung im November nur das 448fache beträgt, also noch erheblich hinter dem Reichsindex zurückbleibt. Aber, wie gesagt, die Ursache der Ablehnung der gestellten

Lohnforderungen ist nicht die, daß die Löhne den Teuerungsverhältnissen entsprechen, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ angibt, sondern wie wir bereits in der letzten Nummer des „Textilarbeiters“ bekanntgaben, die damals in den Kreis der Beratungen gezogene Stabilisierung der Mark. Die Unternehmer glaubten, daß auf der Pariser Konferenz, die sich ja inzwischen gründlich zerschlagen hat, eine Einigung unter den Mächten der Entente herbeigeführt würde, welche für Deutschland ein längeres Moratorium brächte und zum anderen auch begründete Aussicht auf Stabilisierung der Mark. Die Unternehmer glaubten deshalb, daß es an der Zeit sei, Maßnahmen zu treffen, wodurch die Folgen der Markstabilisierung auf die Schultern der Arbeiter gewälzt würden. Deshalb versuchte man zunächst eine Stabilisierung des Lohnes und durch die Lohnstabilisierung eine weitere Preissteigerung, wie sie angaben, zu verhindern. Eine Markstabilisierung auf Kosten der Arbeitslöhne ist ein Unding. Hier müssen andere Wirtschaftsfaktoren in Wirksamkeit treten. Das wissen auch die Unternehmer. Sie wollen aber den Gedanken der Markstabilisierung zum Vorwand nehmen, die Löhne zu drücken, um sich auf diese Weise auf Kosten der Arbeiterschaft zu bereichern.

**Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzung,** das sind die Mittel, die die Unternehmer zur Markstabilisierung und zur wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands in Vorschlag bringen, die Mittel, die den Besitz nicht nur schonen, sondern noch weiter vermehren und die Arbeiterschaft in der empfindlichsten Weise belasten müssen, die aber im übrigen zur Markstabilisierung nichts helfen können. Wenn man durch Preisabbau und Lohnabbau eine Markstabilisierung herbeiführen wollte, dann wäre es notwendig gewesen, daß man den Agrariern in den letzten Wochen nicht fortgesetzt höhere Getreidepreise bewilligte. Dort, wo der Besitz in Frage kommt, bewilligte man unbesehen höhere Preise, die die Arbeiterschaft stark belasten. Auf der anderen Seite will man einen Lohnabbau vornehmen, um eine Markstabilisierung herbeizuführen. Ein solcher Widerspruch kann nur von einem beutegierigen Unternehmertum vertreten werden, das den Profit über alles stellt, selbst dann, wenn durch die Profitsucht das eigene Volk zugrunde gerichtet wird.

Die Lage der arbeitenden Bevölkerung ist aber schon ohne Lohnabbau und Arbeitszeiterhöhung längst trostlos geworden. Am 4. Januar hatte der preußische Minister für Volkswohlfahrt, Hirthjieser, eine Anzahl Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden, sowie aus- und inländische Pressevertreter geladen, um sie über die Aufgaben im Ministerium zu unterrichten. Bei dieser Gelegenheit hat der Referent des Ministeriums, Obermedizinalrat Dr. Krohne, über die gesundheitliche Not des deutschen Volkes ungefähr folgendes ausgeführt:

Neben der wirtschaftlichen Verelendung bedroht uns die weit größere Gefahr der völligen Zerrüttung unserer Volksgesundheit und damit auch der Arbeitsfähigkeit unseres Volkes. Nach dem Kriege trat infolge günstigerer Ernährung eine allmähliche Besserung der durch die Hungerblutade so schwer geschädigten Gesundheit ein. Seit Mitte 1922 ist aber eine neue Verschlechterung unverkennbar. Weite Schichten unseres Volkes können die für eine normale Ernährung erforderliche Menge der wichtigsten Nahrungsmittel nicht mehr beschaffen, da die Preise für Fett, Fleisch, Milch und Eier usw., ja selbst für Brot und Kartoffeln seit dem Sommer 1922 eine erschreckende Höhe erreicht haben. Benötigte doch schon eine vierköpfige Familie für den normalen Bedarf an Fett bzw. Margarine eine jährliche Summe von etwa 200 000 Mark. Insgesamt kommt jetzt die normale Ernährung einer solchen Familie im Jahre mindestens auf 750 000 Mark. Wenige Familien dürften sich solche Ausgaben für Ernährung leisten. Neueste Berichte aus den preußischen Regierungsbezirken lassen erkennen, daß zahlreiche Familien, namentlich der städtischen Bevölkerung, kleine Gewerbetreibende, Sozialrentner, alte Leute usw. bereits ein ausgesprochenes Hungerdasein führen. Die Meldungen über Todesfälle an Verhungern, über Selbstmord aus Verzweiflung und Hunger mehren sich. Auch die geringe, durch Quäterspeisungen und andere Mittel erreichte Besserung der Ernährung unseres Nachwuchses schwindet bereits wieder dahin. Selbst die vor und während des Krieges geringe

Säuglingssterblichkeit nimmt seit Mitte 1922 zu. Aus 24 von den 35 preußischen Regierungsbezirken werden Beobachtungen über die neuerliche Unterernährung der kleinen Kinder und Schulkinder berichtet. Die gemeldeten Ziffern über Unterernährung gehen zum Teil erheblich über 50 Prozent hinaus. Strofulose Drüsenentzündungen, Rachitis zeigen wieder eine deutliche Zunahme. Die wichtigsten Ursachen hierfür dürften im Milchmangel liegen. Hunderttausende unserer Kinder bekommen heute keinen Tropfen Milch mehr, da die Eltern sie nicht mehr bezahlen können. Die Folgen des völligen Fehlens der Milchnahrung für die heranwachsende Jugend werden und müssen verheerend sein. Auch die Tuberkulose, die während des Krieges erheblich anstieg, nach dem Kriege aber wieder etwas zurückgegangen war, steigt neuerlich wieder bedenklich an. Schlechte Ernährung und vor allem die Wohnungsnot sind die Hauptursache dieser Erscheinung.

Dazu kommt, daß der Kohlenmangel seit Anfang 1922 ein Ansteigen der Erkältungskrankheiten bedingt. Allein im 1. Quartal 1922 betrug die Zahl der Todesfälle an Lungenentzündung fast 17 785 gegenüber nur 14 549 Todesfällen im ersten Quartal 1921. In Städten über 15 000 Einwohnern stieg die Zahl der Todesfälle an Erkältungskrankheiten von 23,6 (auf je 10 000 Einwohner berechnet) im ersten Quartal 1921 auf 39,9 im ersten Quartal 1922. Die von der Entente geforderte Ablieferung noch größerer Kohlenmengen wird die Zunahme der Erkältungen weiter verschlimmern. Der Mangel an Wäsche, die Verringerung der Babemöglichkeit, die Verteuerung der Seife machen Tausenden eine geordnete Körperpflege unmöglich. Die Folgen sind vielfache Hautkrankheiten und eine Zunahme der Seuchengefahr. Sollten heute Fälle von Cholera, Pest, Typhus usw. in unser Land eindringen, so würden sie in dem geschwächten deutschen Volkstörper einen günstigen Nährboden finden.

Die Not des deutschen Volkes schreit zum Himmel. Wenn trotzdem die Unternehmer unter diesen Umständen den Lohnabbau durchführen wollen, so zeigt dies, daß die Unternehmer in der rücksichtslosesten Weise lediglich ihre Profitinteressen vertreten.

Die Pläne der Unternehmer sind im höchsten Grade verwerflich, ja verbrecherisch, weil durch sie die Arbeiterschaft in ein wirtschaftliches Elend hinabgestoßen wird, in dem sie unkomfortabel muß. Bis jetzt steht bereits fest, daß die Lohnempfänger 70 Proz. aller Steuern aufbringen. Die Industrie zahlt so gut wie keine Steuern. Würde die Industrie gegenüber dem Reich entsprechend ihren Gewinnen Steuern zahlen, und zwar sofort am Monatsanfang, wie dies durch die Arbeiter und Angefallenen geschieht, dann wäre unsere Mark nicht in dieser verhängnisvollen Weise gesunken. Aber gerade durch die in der Gesetzgebung gestützte Steuerflucht durch die Industrie findet die Markentwertung eine ihrer Hauptursachen.

Wenn nun trotz alledem die Industrie schon von vornherein Maßnahmen ergreift, um auch die aus der Markstabilisierung heraus resultierenden Folgen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, so wird damit die Habgier der Industriellen schonungslos bloßgelegt.

Zum anderen noch eins. Die Textilindustriellen berechnen die Preise für die Textilierzeugnisse schon längst in wertbeständiger Valuta. Durch diese Berechnung werden sie durch das Fallen der Mark nicht geschädigt. Die Arbeiterschaft wird aber jedesmal bei dem Marksturz und der darauffolgenden Preissteigerung in der empfindlichsten Weise getroffen. Die Textilindustriellen könnten daher sehr wohl Löhne in wertbeständiger Valuta zahlen. Das lehnen sie ab; ja sie gehen noch weiter, sie versuchen noch, durch das Fallen der Mark auf Kosten des Arbeiterlohnes sich besondere Vorteile zu erobern. Die Arbeiterschaft wird die Bestrebungen der Unternehmer nicht aus dem Auge lassen und ihnen den notwendigen Widerstand entgegensetzen.

## Die Besetzung des Ruhrgebiets.

Die französischen Truppen sind in Essen einmarschiert und Poimcaré hat in der französischen Kammer eine übermächtige Vertrauensumgebung erhalten. Die französische Schwerindustrie hat mit raubgierig-hartem Griff die Verfügungsgewalt über die Ruhrkohle an sich gerissen. Der Imperialismus bleibt sich überall gleich; seine Methoden sind dieselben, ob er nun in französischem, englischem oder deutschem Gewand auftritt. Als der deutsche Imperialismus 1918 siegestrunken war, brach er den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk,

## Wirtschaftliche Zeit- und Streitfragen.

Von August Friedrich.  
II.

### B. Ergreifene und beabsichtigte Maßnahmen.

#### I. Die Devisenverordnung.

Durch die preissteigernde Wirkung der dauernden Verschlechterung der deutschen Valuta und die damit verbundene Entwertung der deutschen Mark begann diese ihre Eignung, als Währung, als Wertmesser zu dienen, immer mehr zu verlieren. Die Flucht vor der Mark und die damit verbundene Dollar Spekulation beschleunigten diesen Vorgang, untergraben immer mehr das Vertrauen zur Mark; ihr Zusammenbruch ist in bedrohliche Nähe gerückt. Auf Drängen verschiedener Bevölkerungstreffen versuchte die Regierung die Dollarspekulation zu unterbinden. Sie schuf zu diesem Zweck die „Devisenverordnung“, die nach der Meinung vieler Wirtschaftspolitiker ohne jeden Erfolg geblieben ist. Es hat sich gezeigt, daß mit solchen Mitteln die Spekulation nicht zu unterbinden ist.

#### II. Valutawirkung auf die Industrie.

Die Industrie, die vom Ausland Rohstoffe beziehen muß, leidet auch unter den Valutawanklungen. Durch die dauernde Markentwertung wird ihr die Kalkulation erschwert, ja sie wird unmöglich. Die Kalkulation wird aufgegeben und man spekuliert den Warenpreis zusammen. Was sich in der vom Auslande Rohstoffe beziehenden Industrie mit Notwendigkeit vollzieht, greift aus mehr oder weniger notwendigen Gründen auf die anderen Industrien über. Nun kann aber eine Industrie unmöglich auf die Dauer ohne Kalkulation auskommen. Deswegen beginnt jetzt die Industrie immer mehr, einen feststehenden Wert, den Dollar, zur Grundlage ihrer Preisberechnung zu nehmen. Hat sich diese Preisberechnung erst einmal auf die gesamte deutsche Industrie ausgebreitet, dann wird das Steigen des Dollars sich sofort in dem Steigen der Warenpreise ausdrücken. Das bedeutet: ist der Preis einer Strickjacke 900 bei

einem Dollarkurs von 1000, dann wird morgen bei einem Dollarkurs von 2000 die Strickjacke einen Preis von 1800 haben. In dem Verhältnis wie der Dollar steigt, würden auch die Warenpreise steigen. Die Industrie geht zur Berechnung nach Goldwert über. Diese Entwertung ist nicht mehr aufzuhalten und von der Arbeiterschaft erhebt sich die Frage: Was tun wir?

#### III. Goldlöhne.

Die Folgen der geschädigten Entwicklung in der deutschen Industrie war die Forderung der Arbeiterschaft nach Goldlöhnen. In dem Artikel „Goldpreise — aber auch Goldlöhne“ in der „Holzarbeiterzeitung“ Nr. 38 vom 23. September 1922 erhob Fritz Tarnow wieder diese Forderung. Er sagt, daß mit seiner Forderung „Goldlöhne“ nicht die Illusion erweckt werden soll, als wäre damit das Lohnproblem gelöst und der Reallohn der Vorkriegszeit erreicht. Die Lohnhöhe hänge in erster Linie von wirtschaftlichen Voraussetzungen ab. (Wegen dieser Tatsache über Lohnhöhe, wir wollen sagen Reallohn, sei an die Darlegungen über Inflation sowie Löhne und Teuerung erinnert.) Tarnow schreibt dann wörtlich: „Hier handelt es sich um die Sicherung des Lohnes gegen die Geldentwertung, um eine Beseitigung des unglückseligen Zustandes, der uns heute zu unaufhörlichen Lohnverhandlungen und Kämpfen zwingt; nicht um eine tatsächliche Erhöhung des Reallohnes, sondern um den Verlust wieder aufzuholen, der durch das Sinken des Reallohnes infolge der Papiermarkverschlechterung dauernd vor sich geht.“

In einem anderen Artikel im „Korrespondenzblatt“ Nr. 41 vom 21. Oktober 1922 schreibt er an einer Stelle: „Es wäre auch ein Irrtum, anzunehmen, daß ein solcher Goldlohn mit einem Gleitlohn, der die absolute Lohnhöhe nach den Veränderungen eines Lebenshaltungsindezes regelt, identisch ist.“ Er meint, die Einführung des „Goldlohnes“ bedeute nichts anderes als die Wiederherstellung des Währungsstandes der Vorkriegszeit, wo ja auch Warenpreise und Löhne nach einer gleichen und festen Währung, die für beide Teile einheitlich war, gemessen wurden. Hier vergißt aber Tarnow, daß

es die Vorkriegszeit mit einer festen Währung zu tun hatte, während heute die deutsche Währung in ihrem Wert dauernd schwankt. Wir wollen nun selbst die Forderung „Goldlöhne“ untersuchen, wobei auf obigen Widerspruch Tarnows, der auch in anderen Artikeln der Gewerkschaftspresse über diese Frage wiederkehrt, näher eingegangen wird.

Nachdem die Industrie zur Preisberechnung nach Goldmark übergeht, mußte in der Arbeiterschaft die obige Forderung entstehen. „Was verstehen wir unter Goldlöhnen und was dürfen wir von ihnen erwarten?“ Nach unseren Darlegungen über Inflation und Teuerung ist es klar in Erscheinung getreten, daß wir unter Goldlohn nicht die Wiederherstellung des Reallohns der Vorkriegszeit verstehen und erwarten dürfen. Wie Tarnow richtig bemerkt, ist durch Goldlöhne nur möglich, eine Sicherung des Reallohnes gegen die Geldentwertung und zum Teil eine Verringerung der sich jetzt überfüllenden Lohnverhandlungen und Lohnkämpfe. Dieses ist aber auch alles und es ist nur möglich durch Gleitlohn oder durch eine gleitende Lohnskala. Quersoll der Lohn als Reallohn gesichert werden. Es würde sich bei der Einführung der „Goldlöhne“ notwendig machen, durch Lohnverhandlungen eine dem Goldkurs entsprechende Lohnsumme festzusetzen. Ihre Höhe würde dem Kräfteverhältnis der beiden Parteien entsprechen. Während diese Verhandlungen stattfinden, würde die Papiermarkentwertung weiter gehen und am Lohnstage wäre die vereinbarte Lohnsumme als Reallohn gesunken. Doch diesem soll ja gerade durch den Goldlohn vorgebeugt werden. Das ist aber nur möglich durch eine Bestimmung im Tarifvertrag, daß sich der Papiermarklohn nach dem jeweiligen Goldkurs bemisst. Es könnte für den Goldkurs der Dollarkurs oder irgendeine Teuerungszahl genommen werden, jedenfalls könnte man ohne eine solche Bestimmung den gewollten Zweck nicht erreichen. Und dieses ist im letzten Grunde eine gleitende Lohnskala. Will man sie ablehnen, so würde man auch die jetzt geforderten Goldlöhne fallen lassen. Allgemein lehnt man ja die gleitende Lohnskala wegen der schlechten Erfahrungen ab. Doch ist nicht die gleitende Lohnskala als solche, sondern die Art und Weise ihrer Anwendung die Ursache der

der für den Sieger damals ebenso schmachlich war, wie es der Versailler Frieden für den Sieger von heute ist; das ohnmächtige Aufbegehren wurde verewaltigt und beuteltütern brachen deutsche Heere in die Ukraine ein. Es ist bitter, daß uns diese Vergangenheit belastet; wieviel wichtiger und wirksamer länge jetzt unser Protest gegen die Ausschreitungen des französischen Imperialismus, wenn wir in den Tagen unserer Macht die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit heilig gehalten hätten.

Der Protest freilich gegen den französischen Einbruch ins Ruhrgebiet ist trotz alledem am Platze. Gerade die Arbeiterklasse hat die Pflicht, sich gegen Ausschreitungen jeder Art von Imperialismus zur Wehr zu setzen. Imperialismus ist stets Ausbeutung der Notlage Wehrloser, ist immer Unterdrückung Schwacher, ist allezeit Verklappung Ohnmächtiger. Wo Imperialismus („Weltmachtsstreben“ übersetzen nationalstiftliche Schriftsteller dieses Wort) ist, da sind Arbeiter die Leidtragenden; der Glanz und Ruhm aller imperialistischen Taten nährt sich von dem Schweiß, dem Leiden und Seufzen, dem Elend und der Verkümmernng des Proletariats.

Deutschland förderte vor dem Kriege in Europa das meiste Eisen. Die deutsche Schwerindustrie aber war unerfährlich; sie erhob während des Krieges lautes Geschrei nach Longwy-Briey. Uns traf die Niederlage, Frankreich siegte. Reiche Kohlen- und Erzgebiete wurden uns abgenommen; die lothringischen Erzfelder und die Kohlen des Saargebietes gingen verloren. Mit einem Schlage stand Frankreich an der Spitze der europäischen Eisenproduktionsländer: es ließ nicht nur Deutschland weit hinter sich, sondern überflügelte auch England um ein Vielfaches. Nun ist es eine bekannte Sache: Mit dem Essen wächst der Appetit. Und so zeigte sich bei der französischen Schwerindustrie bald der Appetit — nach Essen.

Hier im Ruhrgebiet wird der Koks erzeugt, der zur Verhüttung des lothringischen Eisens nötig ist. Steht dieser Koks Frankreich nicht in genügender Menge zur Verfügung, dann müssen in Lothringen Hochöfen ausgebaut werden. So ergab sich denn auch nach dem Versailler Diktat eine starke Abhängigkeit der französischen Eisenindustrie von der deutschen Kohlenproduktion. Die französische Schwerindustrie war nicht souverän, nicht schicksal unabhängig; sie mußte verhandeln, Geschäfte machen, Vereinbarungen treffen (Stinnes-Luberaf!) mit den deutschen Zechenbesitzern; sie konnte vielleicht von diesen Zechenbesitzern auch schützt und sabotiert werden. Wie, wenn Frankreich sich auch noch das Ruhrgebiet aneignete? In seiner Hand würden sich dann die sich ergänzenden Kohlen- und Eisengebiete befinden; seine wirtschaftspolitische Stellung würde ein unbestrittenes Übergewicht bekommen; keine deutsche Konkurrenz, keine deutsche Konkurrenz wäre mehr zu befürchten, aber auch England wäre überholt und weitgehende Unabhängigkeit von Amerika gewährleistet. Solche Ziele sind verlockend und verführerisch. Sie sind es um so mehr, als dieser wirtschaftliche Machtzuwachs zugleich zu einer unermeßlichen Verstärkung der politischen Machtstellung führen muß. So arbeiteten sich in Frankreich wirtschaftliche Erwerbsinstinkte und politischer Ehrgeiz und Machtwille gegenseitig in die Hände. Poincaré wurde zum Geschäftsführer der französischen Schwerindustrie, gleichzeitig aber auch zum Vertrauensmann der nationalstiftlichen Fanatiker.

Unglücklicherweise hat das Verhalten der deutschen Industrie dieser französischen Raubpolitik Vorwände über Vorwände, mittels deren sich französische Gewalttaten mit dem Schein des Rechts umkleiden lassen. Der deutsche Besitz hungerte die deutsche Republik aus; er übte wahre Meisterkünste in Kapitalverschwendung und Steuerhinterziehung. Durch seine Spekulationen und seine Steuerhinterziehung er aktiven Anteil an der Wertentwertung. Er erschwerte es der deutschen Regierung, ihren Reparationsverpflichtungen, die freiwillig übernommen worden waren, pünktlich nachzukommen. Die deutschen Wadbesitzer, die leider noch immer nicht enteignet sind, hätten es verhindern können, daß Deutschland mit seinen Holzlieferungen im Rückstand blieb. So war es Poincaré leicht, vor der französischen Kammer Zustimmung zu finden, als er sagte: „Die getroffenen Maßnahmen sind bestimmt, die mächtige Großindustrie zu treffen, die sich in Deutschland auf Kosten des Staates und des Volkes entwickelt.“

Ob nicht die deutsche Großindustrie Poincaré selbst im Augenblick des Einmarsches noch recht, als sie die Befehle dazu vernahm, eine Erhöhung der deutschen Kohlenpreise um 50 Proz. vorzunehmen? Poincarés Vorgehen ist gewiß unentschuldigbar; es ist Friedensbruch und Vertragsverletzung; es bedeutet Mißhandlung und Demütigung eines wehrlosen, ohnmächtigen Volkes. Aber bei allem berechtigten Protest gegen Frankreichs imperialistische Ausschreitungen darf die furchtbare Schuld der deutschen Industrie nicht aus den Augen verloren werden; falls dies geschieht, besteht die Gefahr, daß die deutsche Arbeiterschaft den deutschen Imperialisten die Kastanien aus dem Feuer holt, sich die Finger verbrennt, sich zu hinterzählen mißbrauchen läßt und schließlich in noch tieferes Elend hineingestochen wird. Vielleicht hat aus diesem Mißtrauen heraus die Sozialdemokratische Partei die „nationale Einheitsfront“ abgelehnt; solange Stinnes nicht seine Ansprüche auf den Achtfundentag abswört und Stresemann nicht größere Steuerfreundlichkeit der Deutschen Volkspartei in Aussicht stellt, würde diese Einheitsfront nur auf Kosten des Proletariats gebildet werden. Wie sehr man Anlaß hat, bedenklich zu sein, zeigt ein Blick auf Oberhessen, Bayern und die reaktionäre Presse. In Oberhessen rüsten die Nationalsozialisten zum Putz; in Bayern marschiert Ministerpräsident Knilling Arm in Arm mit Hitler und Kahr, der neuerlich ein Treugelübdis zu Schwarz-Weiß-Not ablegte — und die reaktionäre Presse wünscht lieber heute als morgen noch Krieg. Die erregte Stimmung, in der sich auch die Arbeiterschaft ob der französischen Gewalttat befindet, soll für nationalstiftliche, kriegerische und monarchistische Wadenschaften fruchtbar gemacht werden; Diktatur- und Königsräume glauben vor ihrer Erfüllung zu stehen; pensionierte Offiziere hoffen, ihre alte Karnevalstracht wieder zu Ehren zu bringen und sich in den Genuß alter Vorrechte setzen zu können.

schlechten Erfahrung. Diese Frage kann aber hier wegen ihrer Ziellosigkeit nicht besprochen werden. Das eine sei aber noch einmal betont: daß der Goldlohn nur eine Form der gleitenden Lohnskala ist. Damit wird natürlich nichts gegen die Goldlöhne gesagt, denn sie sind nicht zu umgehen, wenn die Industrie die Goldwertberechnung durchführt. Es wird dann notwendig, daß ein den Verhältnissen entsprechender Geldlohn festgesetzt wird, der bei weiterer Papiermarkentwertung seinen Realwert, Goldwert, behält. Das bedeutet für die jetzigen Verhältnisse steigenden Papiermarklohn, entsprechend der Markentwertung; eine nicht zu vermeidbare Folge. Dieses sei auch besonders denen gesagt, die da meinen, wie es Erwin Barth im „Grundstein“ Nr. 44 vom 4. November 1922 und Ernst Rascher in den „Merksblättern für die deutsche Textilindustrie“ vom 5. November 1922, Nr. 17, Seite 5, tut, daß die Durchführung der Goldlöhne schon deswegen unmöglich sei, weil dadurch ein solcher Geldbedarf eintreten würde, den die schon jetzt bis zum letzten angespannte Reichsbankerei nicht decken könnte. Demgegenüber sei nur kurz gesagt, daß dies in erster Linie kein Grund sein dürfte, um die Lebensmöglichkeit der Arbeiterklasse — und darum handelt es sich bei der Forderung Goldlöhne nur — in Frage zu stellen.

Daß zweitens bei steigenden Preisen die kleinen Geldscheine überflüssig werden, wohl eine Vermehrung der Geldsumme, aber nicht der Geldscheine eintritt; die gehegte Befürchtung also grundlos ist. Ein anderer Vorschlag von Dr. jur. Wagner-Roemnick will, daß nicht die Geldeinheit eines Landes — z. B. Dollar — bei der Lohn- und Preisberechnung maßgebend sei, sondern das Goldgramm. Am Grunde ist es dasselbe. Es bestehen nur zwei Unterschiede, ein wirtschaftlicher und ein politischer:

1. Die Berechnung nach Goldgramm ist wertbeständiger als eine fremde Geldeinheit, weil diese auch einmal in ihrem Werte sinken kann.

2. Bedeutet die Berechnung nach Goldgramm für Deutschland, daß es sich auf keine bestimmte fremde Währung festlegt und damit seinen eigenen Wertberechnungsmaßstab behält.

Gegen solche Bestrebungen gilt es auf der Hut zu sein. Indem man solchen Bestrebungen Vorstoß leistet, wehrt man nicht Übergriffe des französischen Imperialismus ab. Was aber soll denn nun geschehen?

Sicher ist, daß die Generalfreiparole in der gegebenen Situation ebenso unvernünftig ist wie die Kriegsparole. Ein Generalfreischlüge nicht den Franzosen, wohl aber uns empfindliche Wunden. Die Durchführung des Generalfreischlüges hieße Verletzungen durch einen anderen damit zu beantworten, daß man zu allemhin sich selbst auch noch ein Messer in den Leib stößt. Es bleibt uns Frankreich gegenüber nur das Mittel der Geduld. Wir müssen die Kunst des Wartens üben. Der französische Imperialismus muß sich selbst totlaufen; uns fehlen die Machtmittel, ihn totzuschlagen. England und Amerika werden uns augenblicklich nicht helfen; es werden sich aber Entwicklungen anbahnen, die dahin führen, daß Frankreich starkem englischen Druck ausgesetzt wird. England kann Frankreich im Ruhrgebiet auf die Dauer nicht dulden. Es wird an englischen Anzettlungen gegen Frankreich nicht fehlen; treten sie augenblicklich auch nicht in Erscheinung, so wird die Stunde gewiß kommen, in der sie zur Reife gelangt sein werden. Poincaré scheint solche Entwicklungen zu ahnen; er hat sich einen Rückzugsweg offen gelassen. In



seiner Rede sagte er: „Die französische Regierung glaubt, daß man durch einen Druck auf die deutsche Großindustrie die Holz- und Kohlenlieferungen sowie die Sanierung der deutschen Finanzen erleichtern wird. Die französische Regierung bleibt immer noch bereit, in eine Unterhaltung über diesen Punkt und über die anderen Punkte einzutreten.“

Laut und deutlich möge durch die deutsche Arbeiterschaft die französische Friedensstörung gebrandmarkt werden. Aber diese Brandmarkung wird an Wirkungsstärke gewinnen, wenn sie verbunden ist mit deutschen Maßnahmen gegen den deutschen Besitz. Alle Welt wird um so eher den französischen Druck auf die deutsche Großindustrie unerträglich finden, je schärfer die deutsche Regierung selbst gegen die deutsche Großindustrie vorgeht. Dem französischen Imperialismus wird mit aller Sicherheit der moralische Boden unter den Füßen weggezogen werden, wenn wir dem deutschen kapitalistischen Raubrittertum den Garaus zu machen verstehen. Wir finden um so eher Bundesgenossen gegen den französischen Imperialismus, je mehr die Welt von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß wir voll Abscheu gegen jeglichen Imperialismus — auch den Imperialismus im eigenen Lande — erfüllt sind. N.

### Das Arbeitsnachweisgesetz und die Arbeiterinnen.

Seit dem 1. Oktober 1922 ist das Arbeitsnachweisgesetz in Kraft, welches nach langen Beratungen am 22. Juli 1922 vom Reichstag verabschiedet wurde. Wenn auch dieses Gesetz nicht allen von uns an dasselbe gestellten Erwartungen entspricht, so gibt es doch unseren weiblichen Mitgliedern Gelegenheit, von ihren Rechten ausgiebiger Gebrauch zu machen, sofern sie willens und fähig dazu sind, mit anderen Worten, sich neben den Männern in den Körperschaften, welche durch das Gesetz erforderlich sind, zu betätigen.

Der Aufbau des Gesetzes sieht Arbeitsnachweissämter vor, dies sind die öffentlichen Arbeitsnachweise; ferner Landesarbeitsämter für Arbeitsvermittlung und das Reichsarbeitsamt für Arbeitsvermittlung. Den Arbeitsnachweisen liegt neben der Arbeitsvermittlung und der Mitwirkung bei der Durchführung der gesetzlichen Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose ob, ihre Tätigkeit auch auf die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung zu erstrecken. Dazu sind sie von den obersten Landesbehörden zu verpflichten. Der Reichsarbeitsminister, die Landesbehörden und die Erziehungsgemeinden können auch den öffentlichen Arbeitsnachweisen weitere Aufgaben zur Erledigung übertragen, besonders die Mitarbeit auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, der Erwerbsbeschränkter und Wandererfürsorge. Es sind also in hohem Maße soziale Aufgaben, die den Arbeitsnachweisen übertragen werden können und an deren Lösung die Arbeiterinnen teilnehmen sollen. Die Verfassung der öffentlichen Arbeitsnachweise sieht den Erlaß einer Satzung durch Zusammenwirken der durch das Gesetz notwendig gewordenen Körperschaften vor. Diese Satzung kann bestimmen, daß für weibliche Arbeitnehmer besondere Abteilungen unter sachgemäher weiblicher Leitung zu errichten sind. Aufgabe unserer Kolleginnen wird es sein müssen, ganz energisch dahin zu wirken, daß diese Maßnahme zur Durchführung kommt.

Die Verwaltung, die der Erziehungsgemeinde obliegt, hat einen Verwaltungsausschuß zu bilden, der außer dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter noch aus mindestens je drei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besteht. Unter den Beisitzern sollen sich auch Frauen befinden. Da für jeden Beisitzer auch Stellvertreter zu bestellen sind, so können auch hierfür Frauen in

Betracht, die einschließend der Stellvertreter des Vorsitzenden an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses teilnehmen, jedoch weder mit beratender noch mit beschließender Stimme, also lediglich zur Information. Wie der Vorsitzende und sein Stellvertreter, in deren Händen die Verwaltung des Arbeitsnachweises liegt, von der Erziehungsgemeinde bestellt werden, so werden auch die Beisitzer und deren Stellvertreter von der Gemeinde bestellt, und zwar auf Grund von Vorschlagslisten, welche die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer (die Gewerkschaft) und der Arbeitgeber einzureichen haben. Durch öffentliche Bekanntmachung wird in ortsüblicher Weise zur Einreichung der Vorschläge aufgefordert. Also die Gewerkschaften müssen die geeigneten Vorschläge machen, die Personen auswählen, die sie für solche Posten für befähigt erachten. Die Beisitzer müssen Reichsangehörige, mindestens 24 Jahre alt, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und mindestens 6 Monate im Bezirk einer Erziehungsgemeinde wohnen oder beschäftigt sein. Sie werden auf drei Jahre bestellt, verwalten ihr Amt unentgeltlich und haben nur Anspruch auf angemessene Lohngelder und Ersatz der Reisekosten. Daß die Arbeitsvermittlung unparteiisch ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung erfolgen soll, freie Stellen möglichst durch geeignete Arbeitskräfte unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen und körperlichen Eignung sowie der Familienverhältnisse und der Dauer der Arbeitslosigkeit besetzt werden sollen, sind Selbstverständlichkeiten. Sehr wichtig ist aber, daß weibliche Arbeitnehmer tunlichst durch vorgebildete weibliche Angestellte vermittelt werden sollen. Das Gesetz sieht also ausdrücklich die Anstellung weiblicher Personen vor.

Die Landesämter für Arbeitsnachweis, die für Länder, Provinzen und andere größere Bezirke errichtet werden, sind die sachlichen Aufsichts- und Beschwerdestellen gegenüber den öffentlichen Arbeitsnachweisen. Sie haben den Arbeitsmarkt zu beobachten und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage zwischen den einzelnen Arbeitsnachweisen zu regeln. Der für jedes Landesamt zu bildende Verwaltungsausschuß besteht ebenfalls aus einem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter und mindestens je 4 Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Vertretern der Erziehungsgemeinde als Beisitzern, unter denen sich auch Frauen befinden sollen.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung führt die sachliche Aufsicht über die Durchführung des Gesetzes. Es hat ebenfalls den Arbeitsmarkt zu beobachten und auch den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zwischen den verschiedenen Gebieten zu regeln. Ferner liegt ihm die Aufgabe ob, die Anwerbung, Vermittlung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zu regeln und zu überwachen. Die Aufsicht über das für das Gebiet des Deutschen Reiches errichtete Reichsamt, das aus dem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Beamten besteht, unter denen sich Frauen befinden sollen, die im Arbeitsnachweismwesen sachverständig sind, führt der Reichsarbeitsminister. Unter dem vom Präsidenten, Vertretern der öffentlichen Körperschaften, Arbeitgebern und Arbeitnehmer zu bildenden Verwaltungsrat muß sich mindestens eine Frau befinden. Auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises können als ständige Gutachter auch Frauen berufen werden.

Die ausführliche Besprechung des Gesetzes ging den Betriebsräten in Nr. 15 der Merksblätter vom 5. September zu. Daß in vier außerordentlich bedeutsamen Körperschaften, welche mit der Durchführung des nun in Kraft getretenen Gesetzes betraut sind, Frauen, Arbeiterinnen, sozial wichtige Arbeit leisten können, dürfte auch die Arbeiterinnen allgemein lebhaft interessieren. Es ist ihnen wieder ein Aufgabengebiet erschlossen, bei deren Durchführung die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen durch das Gesetz ausdrücklich betont wird. Daraus ergibt sich für die Arbeiterinnen die Verpflichtung, sich mit dem Wesen und der Bedeutung des Gesetzes vertraut zu machen und sich darüber klar zu werden, daß aus ihren Reihen heraus sich die Kräfte entwickeln müssen, die solche Posten übernehmen können. Viel zu wenig sind sich unsere Kolleginnen noch bewußt, welche Bedeutung gerade ihre Mitarbeit bei all den Aufgaben, welche die Demokratisierung der Verwaltungen uns stellt. Ein Weg, in die Verwaltung hineinzukommen und bis zur höchsten Stufe aufzusteigen, ist durch das Arbeitsnachweisgesetz gegeben.

Es ist selbstverständlich, daß die Körperschaft, welche zur Aufstellung von Listen kommt, nur solche Personen für diese Posten in Vorschlag bringen kann, die Eignung und Befähigung dazu haben. Sich diese zu erwerben, hat unser Verband den Arbeiterinnen reichlich Gelegenheit gegeben. Haben die Arbeiterinnen diese Gelegenheit nicht genutzt, so haben sie immer noch nicht begriffen, daß man in praktischer Arbeit die Kenntnisse und die soziale Urteilskraft erwirbt, die für das Wirken in der Öffentlichkeit Voraussetzung ist. Im Besitz der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung müssen sie erkennen lernen, daß die Umgestaltung der Gesellschaft von unten her erfolgen muß, daß diese Umgestaltung sich ohne die Arbeiterinnen nicht vollziehen kann. Erkennen sie das in größerer Zahl als bisher, dann entwickeln sich aus ihren Reihen die Kräfte, die dazu erforderlich sind. Nicht gleichgültig die Zeit hinleben, sondern an sich arbeiten, um den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden! Das muß aller Streben sein. Martha Hoppe.

### Das Serum gegen den unionistischen Bazillus — Fierden des Unternehmertums.

Aus Rheiner Textilarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Das Jahr 1922 hat sein Ende erreicht. Wenn wir einen Rückblick auf das vergangene Jahr werfen wollten, würden wir in wirtschaft-

#### IV. Goldschatzanweisungen.

Einen Teil der Wirkungen abzuschwächen, die aus den unsicheren wirtschaftlichen Verhältnissen entstehen, beabsichtigt der Vorschlag zur Einführung der „Goldschatzanleihen“. Weil Professor Lederer im „Textilarbeiter“ vom 27. Oktober 1922 diese Frage besprochen hat, soll sie hier nur kurz gestreift werden. Die Goldschatzanweisung soll ein wertbeständiges Papier darstellen, d. h. sie lautet auf einen bestimmten Goldwert, der in Papiermark ausgedrückt dem jeweiligen Goldkurs entspricht. Nehmen wir zum Beispiel an, die Goldschatzanweisung lautete auf 7 Gramm Gold, das entspräche ungefähr einem Friedenswert von 20 Mk. Augenblicklich ist der Kurs 1:1200, wenn wir den Vorkriegskurs mit 1 ansetzen. Die Goldschatzanweisung von 7 Gramm Gold stellte also einen Papiermarkwert von 20 x 1200 = 24 000 Mk. dar. Dieser Betrag wäre nötig, um die Goldschatzanweisung zu erwerben. Würde ich dies tun, um sie nach einem halben Jahre, wenn der Goldkurs vielleicht 1:1600 steht, wieder einzulösen, dann erhielte ich 20 x 1600 = 32 000 Papiermark. Meine Kaufkraft ist, am Goldkurs gemessen, die gleiche geblieben, was nicht möglich gewesen wäre, wenn ich die 24 000 Papiermark behalten hätte. Die Goldschatzanweisung bietet also die Möglichkeit zum verlustlosen Sparen. Würde sie eingeführt, müßten natürlich Maßnahmen getroffen werden, damit auch der kleine Sparer sein Geld in ihr anlegen kann. Kommt die Goldschatzanweisung in Verkehr, dann ist der Industrie eine feste Grundlage zur Kalkulation gegeben. Heute rechnet sie nur teilweise nach Goldwert; dann würde er für die ganze Industrie die Grundlage zur Preisberechnung geben. Diesem wird sich auch der Kleinhandel anschließen, wodurch ein Steigen der Inlandpreise eintritt. Der bisherige Abstand zwischen Inland- und Auslandpreisen wird verschwinden, eine Ausgleichung der Inland- an die Weltmarktpreise erfolgen. Wodurch müßte die Arbeiterschaft die Forderung nach „Goldlöhnen“ oder, was gleichbedeutend ist, Zahlung des Lohnes in „Goldschatzanweisung“ erheben und durchsetzen, wenn sie ihren Reallohn erhalten will.

Betont werden muß, daß trotz Einführung der Goldschatzanweisung die Entwertung der deutschen Mark weitergehen würde.

Sie bedeutete nur ein Papier, das keinen Goldwert nicht ändert, oder man kann auch sagen, eine neben der Markwährung laufende feste Währung. Dieses wertbeständige Papier hat aber nur dann einen Zweck, wenn ich den notwendigen Wert in Papiermark ausgedrückt, jederzeit zur Verfügung habe. Ob dieses möglich wird, darüber ist man sich noch nicht einig. Allgemein besteht die Auffassung, daß die Goldschatzanweisung durch vorhandenes Gold gedeckt sein muß. Das bedeutet eine Beschränkung der Goldschatzanleihen in einem Maße, daß der Arbeiter von ihr nichts merken würde, sein Sparen in ihr nicht möglich wäre. Die volle Golddeckung ist aber nicht unbedingt nötig, denn vor dem Kriege ist auch das umlaufende Geld nur zu einem Drittel mit Gold gedeckt gewesen. Nun sieht aber fest, daß eine Teildeckung überhaupt keine Deckung darstellt, weil die gegebene Verprechung dann doch nicht eingelöst werden kann. Die Sache beruht nur auf dem Glauben zu ihr und dem Vertrauen zu dem, der das Versprechen zur Zahlung gibt. Eine Goldschatzanweisung würde also nur mit dem Vertrauen der Bevölkerung zu ihr, sich im Verkehr durchsetzen. Tritt dieses ein, so würden zuerst die beiden Wirkungen: 1. Möglichkeit zum verlustlosen Sparen und 2. Ausgleichung der Inlandpreise zu den Weltmarktpreisen, zu beobachten sein.

Als nächste Wirkung müßte die Lohnzahlung nach Goldlöhnen (gleitende Lohnskala) oder nach Goldschatzanweisung erreicht werden. Daß dieses nicht ohne Kampf eintreten wird, daß auch nachher der Lohnkampf nicht ausgeschaltet wird, braucht sicher nicht besonders erläutert zu werden. Nur die sich überfüllenden Lohnverhandlungen und Kämpfe der gegenwärtigen Zeit würden abgeblendet werden können. Es würde wieder etwas Zeit gewonnen zur gründlicheren Aufklärungs- und Vorbereitungsarbeit, die wir auch nicht entbehren können, wollen wir uns herausarbeiten aus der Gegenwart, wollen wir erfolgreich den Kampf führen für die sozialistische Bebarungsbedingungswirtschaft. Worauf heißt es aber noch, im schweren Kleinkampf aushalten, damit unsere Lebenshaltung nicht noch tiefer sinkt; damit wir überhaupt uns die Kräfte zum Befreiungskampf erhalten.

licher und politischer Beziehung für die Arbeiterschaft im allgemeinen und besonders für die Textilarbeiterschaft des Münsterlandes nicht viel Erfreuliches feststellen können. Das Unternehmertum hat es infolge seiner starken Organisation auch im Verlaufe des Jahres verstanden, seine materiellen Interessen zu seinen Gunsten zu gestalten. Dagegen hat die Arbeiterschaft unter sich vieles getan, was zu Rückschlägen innerhalb der Arbeiterbewegung führen konnte. Wenn anfangs des Jahres 1922 von einer unionistischen Bewegung noch nichts zu verspüren war, so haben es doch einige zweifelhafte Elemente fertiggebracht, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben. Hoffentlich wird das unionistische Gewächs bald verdorren, damit es weiter keinen Schaden anrichtet. Einzelne der uns abtrünnig Gewordenen sind bereits zur Erkenntnis gelangt und haben sich wieder zum Deutschen Textilarbeiter-Verband zurückgefunden. Mögen im neuen Jahre die andern dem guten Beispiel folgen und ebenfalls dazu beitragen, den alten kampferprobten Deutschen Textilarbeiter-Verband zu stärken. Die Schwäche der Arbeiterschaft liegt in ihrer Zersplitterung. Wenn die Unionisten damit krebien gehen und behaupten, der Deutsche Textilarbeiter-Verband ist keine Kampforganisation, so kann man dies nur als eine gemeine Verleumdung bezeichnen, welche dem Zweck dienen soll, leichtgläubige Leute irrezuführen und sie in die Union zu zwingen. An die im Jahre 1922 geführten Streiks waren 126 454 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. In der Lohn- und Tariffbewegung sind gewaltige Fortschritte gemacht worden. Hat sich doch der Akkordlohn eines Webers im Reichsdurchschnitt von 25,95 Mk. im Jahre 1913 auf 8350,02 Mk. im November 1922 gesteigert. So viel naive Menschen gibt es wohl nicht, die da glauben, daß die Löhne auch ohne den Verband sich so gesteigert hätten. Wir wissen aber auch, daß diese Löhne nicht im eiferntesten ausreichen, um mit der Teuerung Schritt zu halten. Es wäre gewiß manches besser, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Organisation ihre Pflicht getan hätten! Bei jeder Beitragserhöhung sind Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Man hat wohl schmunzelnd die erhöhten Löhne in Empfang genommen, aber an den Verband ist nicht gedacht worden, im Gegenteil, man hat weidlich geschimpft, wenn wieder erhöhte Beiträge eingeführt werden mußten. Bei der münsterländischen Textilarbeiterschaft muß endlich die Erkenntnis Platz greifen, daß ihre Interessen nur durch den Deutschen Textilarbeiter-Verband wahrgenommen werden. Bei dem Unternehmertum besteht das Bestreben, mit Hilfe der Unionisten und Unorganisierten die unternehmerfreundlichen Gesellen-Gewerkschaften aufzurichten. Die gegenwärtige Krise in der Textilindustrie ward von den Unternehmern dazu benützt, den Arbeitern zu zeigen, daß sie Herr im Hause sind. Am schlimmsten treibt es die Firma M. C. Wertheim in Burgsteinfurt. Arbeiterentlassungen sind dort keine Seltenheiten. Verlangt doch die Firma von einigen Zeitlohnarbeitern, daß sie unter dem Tarif arbeiten sollen. Wenn die Arbeiter dem Verlangen der Firma nachkommen, können sie weiter beschäftigt werden. (11) Daß bei dieser Firma Arbeiter beschäftigt werden, die wöchentlich die Krankengelder zahlen, aber bei der Krankenkasse nicht angemeldet sind, soll hier nur noch nebenbei bemerkt werden. Mit dieser Angelegenheit wird sich das Versicherungsamt beschäftigen müssen. Bei der Firma Deutsche Kamie Union in Grevin wird, ohne vorher mit dem Betriebsrat über die Betriebsbeschränkung zu beraten, ab 2. Januar nur 4 Stunden pro Tag gearbeitet. Für diese Firma bestehen keinerlei gesetzliche Bestimmungen. Es wird Zeit, daß die Gewerbeinspektion dort einmal nach dem Rechten sieht. Herr Drerup erklärt einfach den Betriebsräten, daß sie nichts zu sagen haben. Weiß Herr Drerup nicht, daß er Betriebsbeschränkungen 14 Tage vor Inkrafttreten derselben anzukündigen hat? Der § 78 des B.R.G., Abs. 2, sieht eine Mitwirkung in solchen Fällen vor. Außerdem muß die Demobilisierungsoverordnung vom 12. 2. 1920 genäuer Berücksichtigung finden.

Aus diesen hier kurz angeführten Fällen können die Arbeiter lernen, daß es höchste Zeit ist, die Gleichgültigkeit abzuschütteln und nach wie vor in der Arbeiterbewegung pflichtgemäß mitzuarbeiten. Textilarbeiter des Münsterlandes! Wacht restlos auf und schließt Euch dem Deutschen Textilarbeiter-Verband an und werdet Leber des „Volkswillens“!

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,  
Der täglich sie erobert muß.

### Betriebsorganisation.

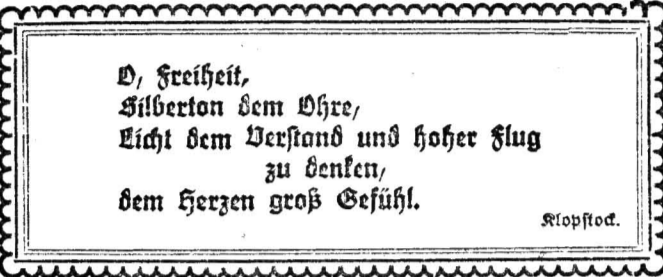
Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß bei richtiger Betriebsorganisation bedeutend höhere produktive Leistungen erzielt werden können als bei einer schlechten Betriebsorganisation. In der Textilindustrie wird in vielen Zweigen nach dieser Richtung hin nicht das allermindeste getan, um die produktiven Leistungen auf eine entsprechende Höhe zu bringen. Vor allem wird in der Tuchindustrie stark gesündigt. Dieses wird in einem Artikel in der Nr. 1 des „Deutschen Wollen-Gewerbes“ über „Betriebsorganisationen“ von Egbert Martin, eines beratenden Textilfachmannes, bestätigt. Er schreibt in seinem Artikel:

„Durch die jetzigen Umstände bewogen, muß der richtigen Organisation des Betriebes die vollste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Leider wird darin noch sehr viel gesündigt, und man findet manchmal solchen Mangel an Organisation, daß man wirklich erstaunt ist, daß derartige noch immer möglich ist. Unzähliges Kapital wird auf diese Weise nutzlos vergeudet, was bei einer zeit-

entsprechenden Reorganisation des Betriebes sehr gut erhalten bleiben würde. Ich spreche dabei noch nicht einmal von einer Modernisierung der Anlage und der Arbeits- und Antriebsmaschinen, sondern nur von der richtigen Organisation der gesamten Betriebsführung. Gerade darin wird in den allermeisten Tuchfabriken sehr stark gesündigt, und hat dabei die Teuerung kaum eine Menderung gebracht.“

An einer anderen Stelle sagt er:

„Schon das richtige Erforschen der eigenen Betriebskosten und der Herstellungspreise ist meistens sehr mangelhaft gestaltet, und täuschen sich die Besitzer selbst sehr viel. Gewiß ist der Einkauf der Rohmaterialien sehr oft maßgebender als alle sonstigen Einrichtungen, und hält sich dadurch manche Fabrik über Wasser, die sonst längst durch schlechte Organisation hätte zugrunde gehen müssen. So habe ich in meiner eigenen Tätigkeit eine Weberei gefunden, in deren Kalkulationen sehr oft das Schußmaterial zu berechnen vergessen worden war, dabei reüssierte aber gerade dieser Betrieb sehr gut. Früher in der Konkurrenz als Direktor tätig gewesen, war es mir völlig undenkbar, wie die Firma die Preise so billig stellen konnte. Trotz aller Schikanen beim Kalkulieren und Zusammenstellung der Qualitäten konnte ich doch nie



auch nur annähernd an die Preise heran. Als ich aber von der Firma selbst als Direktor angestellt wurde, fiel es mir bei der Einsichtnahme von Kalkulationen älterer Zeiten auf, daß darin zumeist das Schußmaterial nicht berechnet war. Hieran trug hauptsächlich die Art der Kalkulation die Schuld. Diese war so unübersichtlich, daß man eben sehr leicht solche Fehler machen konnte. Ein Nachkalkulieren hatte aber nicht stattgefunden; denn dann hätte doch der Fehler gefunden werden müssen. Es herrschte überhaupt in diesem Betrieb eine derartige Unordnung, daß man sich gar nicht genug wundern konnte, daß dennoch die Fabrik sehr viel verdient hatte. Freilich habe ich trotz aller gegebenen Mühe nicht herausfinden können, wie dennoch ein Verdienst möglich war.“

Martin macht dann Ausführungen darüber, wie ein Betrieb organisiert sein muß und kommt dann zu dem Schluß und sagt:

„Wieviel Material wird jetzt unnütz vergeudet, was bei einer Organisation vermieden wird. Umgekehrt darf wieder nicht Ueberorganisation vorhanden sein, oder Organisation mit Schwereigkeit und Geiz verwechselt werden.“

Betrifft man einen Arbeitsaal, sei es nun in der Spinnerei, Weberei, Appretur usw., so findet man bereits, ob in der betreffenden Fabrik der richtige Geist herrscht. Was man dabei manchmal für Dreck- und Speckbuden findet, ist kaum glaublich; dabei wollen aber die darin arbeitenden Personen gar keine Menderung haben, sondern sie fühlen sich dabei wohl und sind zufrieden. So habe ich vor einiger Zeit eine Fabrik reorganisiert, bei welcher es die allerhöchste Zeit war. Es war dabei fowiel zu arbeiten, daß ich mir noch einen Gehilfen mitnehmen mußte. Aber alles, was ich anordnete und einführte, geschah unter dem Widerspruch des Betriebsrates. Die darin befindlichen Arbeiter wollten es gar nicht anders haben.“

Mit diesen Ausführungen, die wir hier kurz wiedergegeben haben, finden unsere früheren gemachten Andeutungen in dieser Richtung hin ihre Bestätigung. Wird in der Textilindustrie eine praktische, durchgreifende Umorganisation vorgenommen, dann würde das auch die produktiven Leistungen ganz bedeutend heben. Wir haben nachgewiesen, daß in der Tuchindustrie durch die Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 60 auf 46 Stunden nur ein Rückgang der wöchentlichen Leistungen von 8,2 Proz. getreten ist, wodurch bewiesen wird, daß die Stundenleistung beträchtlich gestiegen ist. Wenn in den Betrieben der Tuchindustrie eine der modernen Betriebsführung entsprechende Organisation durchgeführt wäre, dann wäre zweifellos dieses kleine Manö nicht nur ausgeglichen, sondern die Leistungen müßten beträchtlich über die Leistungen in der Vorkriegszeit hinausgehen. Ehe uns deshalb die Unternehmer den Vorschlag der Verlängerung der Arbeitszeit plausibel machen wollen, um hierdurch die deutsche Volkswirtschaft so leistungsfähig zu gestalten, daß die Ernährung des Volkes sichergestellt wird, so wäre vor allen Dingen in erster Linie zu wünschen, daß sie die oben gezeigten Mängel in der Industrie beseitigen. Dann würde sich aber zeigen, daß nicht durch den Achtfundentag der Verfall der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt wird, sondern daß die Industriellen mit ihren verkehrten Maßnahmen und ihrer schlechten Betriebsführung die deutsche Wirtschaft selbst untergraben.

## Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in den Textilbetrieben innerhalb des Gebietes des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Jahre 1922.

Die Betriebsrätewahlen in der deutschen Textilindustrie ergaben nach den bei dem Deutschen Textilarbeiterverband eingegangenen Berichten folgendes Ergebnis:

In 9953 Betrieben, in 7219 gewerblichen Unternehmungen wurden 25 175 Betriebsräte bzw. Obleute gewählt. Hiervon gehören 23 175 dem Arbeiterrat und 2154 dem Angestelltenrat an. Von den Arbeiterratsmitgliedern waren organisiert im Deutschen Textilarbeiterverband 20 313 = 87,6 Proz., und im Verband christlicher Textilarbeiter 1846 = 8 Proz., im Gewerksverein der S.-D. 124 = 0,5 Proz., in anderen dem DGB. angeschlossenen Gewerkschaften 629 = 2,7 Proz. In syndikalistischen und unionistischen Organisationen 72 = 0,3 Proz. Die Angabe der Organisationszugehörigkeit fehlte bei 191 = 0,8 Proz. Von den Angestellten einschließlich der Werkmeister gehörten dem A.V.-Bund 1217 = 56,8 Proz. an, den gegnerischen Gewerkschaften 836 = 38,8 Proz. Unorganisiert waren 89 = 4 Proz. Weitere 4 gehören dem Deutschen Textilarbeiterverband an und bei 8 fehlte die Angabe der Organisationszugehörigkeit.

Die gegnerischen Gewerkschaften haben bei den Betriebsrätewahlen nicht einmal das ziffermäßige Verhältnis der Mitgliederzahl gegenüber der Mitgliederzahl der freien Verbände, namentlich dem Deutschen Textilarbeiterverband, halten können. Die Christen und Hirsche zusammen haben etwa 20 Proz. der organisierten Textilarbeiter in ihren Verbänden vereinigt. Bei den Betriebsrätewahlen haben sie also nur 8,5 Proz. der Betriebsräte erhalten. Ebenso haben die Syndikalisten und Unionisten stark verloren. 1921 waren noch 166 orientierte Betriebsräte gewählt, 1922 jedoch nur noch 72. Dieses günstige Bild wird jedoch dadurch getrübt, daß bei den Angestellten 89 Betriebsräte gewählt wurden, die unorganisiert sind. Jedenfalls muß bei den nächsten Wahlen dafür gesorgt werden, daß Unorganisierte nicht wieder als Betriebsräte bzw. Obleute gewählt werden. Ein Mangel besteht noch darin, daß immerhin für einen beträchtlichen Teil der gewählten Betriebsräte die Organisationszugehörigkeit nicht ermittelt werden konnte.

### Kommunistische Ueberzeugungsfestigkeit.

Die Charakterfestigkeit und kommunistische Ueberzeugungstreue wurde hell beleuchtet durch ein Bekenntnis, welches das geistige Haupt der kommunistischen Fraktion unterer Barmer Filiale, der Kommunist Jinn, vor einer Versammlung der Barmer Betriebsräte am 8. Januar d. J. ablegte. Kollege Jinn hatte vor der Versammlung referiert und dabei als eine der vielen Aufgaben der Gewerkschaften das Eindringen in die Staatsverwaltung bezeichnet. Darauf erwiderte Jinn: „Wer in die Staatsverwaltung eintritt, ist für das Proletariat und den Sozialismus verloren. Er wird zum Kapitalknecht. Die Vergangenheit beweist das. Ich weiß nicht, ob ich noch so revolutionär, wie bisher, zu euch Arbeitern reden könnte, wenn ich einen Zylinderhut und einen schwarzen Anzug trüge!“

Und solche Leute mit so wenig gefestigter Ueberzeugung und so schwachem Charakter wollen die sozialistische Welt erobern. Der Sozialismus hört für sie auf, eine heilige Sache der Ueberzeugung zu sein, wenn sie selbst gesättigt sind. Das sind keine Klassenkämpfer, die wir brauchen können.

### Berichtigung über Wochenhilfe.

In Nr. 45 (22) unseres „Textil-Arbeiters“ ist gesagt: „Treffen alle im Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen zu, so kann die versicherte Wöchnerin insgesamt 5520 Mk. erhalten.“ Dieser Betrag ist zu reduzieren um 300 Mk., also auf 4900 Mk. Und zwar deshalb, weil diese 300 Mk. nur einmal gezahlt werden können, und zwar entweder wo ein Mindesteinkommen besteht oder bei Ersparnisforderungen an die Kasse oder durch diese. Diese 300 Mk. sind versicherungsmäßig zweimal berechnet worden. — Diese Berichtigung gilt zugleich für die Veröffentlichung vom 15. Dezember in Nr. 52 unserer Zeitung über denselben Gegenstand. M a r t h a S o p p e.

### Aus den Gewerkschaften.

#### 25jähriges Bestehen des Dänischen Gewerkschaftsbundes.

(I.G.B.) Die ersten Gewerkschaften Dänemarks, die Schiffszimmerer, Hauszimmerer und Tabakarbeiter, wurden im Jahre 1871 gegründet. In den nächstfolgenden Jahren wurden 18 neue Gewerkschaften errichtet, hauptsächlich in Kopenhagen.

Es bestand ganz selbstverständlich immer eine gewisse Zusammenarbeit zwischen diesen Gewerkschaften. Im Jahre 1886 wurde eine Art Zentralorganisation gebildet, „De samvirkende Fagforeninger“, die als der Vorläufer des jetzigen Gewerkschaftsbundes bezeichnet werden kann. Dieser wurde in seiner jetzigen Form am 3. Januar 1898 in einer von 405 Gewerkschaftsvertretern besuchten Versammlung unter dem Namen „De Samvirkende Fagforbund i Danmark“ ge-

### Unterstützungssätze für die Beitragsklassen von 110 bis 500 Mk.

§ 35.

#### Streikunterstützung.

1. Die Höhe der Streikunterstützung bestimmt der Verbandsvorstand. Diese soll möglichst betragen in Beitragsklasse:

Nach Beiträgen	Pro Tag	Pro Woche	Pro Tag	Pro Woche	Pro Tag	Pro Woche	Pro Tag	Pro Woche	
110-Mk.-Klasse	13	165	900	180	1080	195	1170	210	1260
120-Mk.-Klasse	26	220	1320	240	1440	260	1660	280	1680
130-Mk.-Klasse	52	275	1650	300	1800	325	1950	350	2100
140-Mk.-Klasse	104	330	1980	360	2160	390	2340	420	2520
150-Mk.-Klasse	156	385	2310	420	2520	455	2730	490	2940
160-Mk.-Klasse	260	440	2640	480	2880	520	3120	560	3360
170-Mk.-Klasse	13	225	1350	240	1440	255	1530	270	1620
180-Mk.-Klasse	26	300	1800	320	1920	340	2040	360	2160
190-Mk.-Klasse	52	375	2250	400	2400	425	2550	450	2700
200-Mk.-Klasse	104	450	2700	480	2880	510	3060	540	3240
210-Mk.-Klasse	156	525	3150	560	3360	595	3570	630	3780
220-Mk.-Klasse	260	600	3600	640	3840	680	4080	720	4320
230-Mk.-Klasse	13	285	1710	300	1800	330	1980	360	2160
240-Mk.-Klasse	26	380	2280	400	2400	440	2640	480	2880
250-Mk.-Klasse	52	475	2850	500	3000	550	3300	600	3600
260-Mk.-Klasse	104	570	3420	600	3600	660	3960	720	4320
270-Mk.-Klasse	156	665	3990	700	4200	770	4620	840	5040
280-Mk.-Klasse	260	760	4560	800	4800	880	5280	960	5760

gründet. Er kann jetzt auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Bei der Gründung zählte der Gewerkschaftsbund 50 939 Mitglieder; seitdem ist die Mitgliederzahl ununterbrochen gestiegen und beträgt jetzt 242 545. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Dänemarks beträgt ungefähr 300 000, aber nicht alle Verbände sind dem Gewerkschaftsbund angeschlossen. Diese große Anzahl organisierter Männer und Frauen in einem so kleinen Lande wie Dänemark zeugt davon, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit stark entwickelt ist. Tatsächlich stellt der Gewerkschaftsbund im dänischen Wirtschaftsleben einen Faktor dar, mit dem überall gerechnet wird. Während seines Bestehens hat der Gewerkschaftsbund viele schwere Kämpfe mit dem Unternehmertum zu bestehen gehabt; einer der größten war die Aussperrung im Jahre 1899, die vier Monate dauerte und über die Hälfte der damals organisierten Arbeiter umfaßte. Der Gewerkschaftsbund kann mit Freude und Stolz auf die vergangenen Jahre zurückblicken, in denen es ihm gelungen ist, die Durchführung des Achtstundentages auf dem Wege der Vereinbarung mit den Unternehmern durchzusetzen, in den Zeiten der schwersten Krise günstige Bedingungen für die Arbeitslosen zu erreichen und trotz der außerordentlich großen und lang andauernden Arbeitslosigkeit die Kürzung der Löhne auf ein Mindestmaß zu beschränken.

### Aus der Textilindustrie.

**Bielefeld.** Die Ravensberger Spinnerei in Bielefeld beantragt Kapitalserhöhung um 1,8 Millionen, dividendenberechtigt ab 1. Januar 1922. Die neuen Stammaktien sollen den Inhabern der alten Aktien Nr. 1 bis 5000 (à 600 Mk.) auf Grund der in den Satzungen festgelegten Grünberrrechte zum Nennbetrage angeboten werden. In der außerordentlichen Generalversammlung sollen ferner Wahlen von 25 Prozen für die Stammaktien und 7 Prozen für die Vorzugsaktien stattfinden. Das ist derselbe Kapitalerhöhungsantrag, der auf der Tagesordnung einer Generalversammlung im Mai v. J. stand und gegen welchen eine Opposition seinerzeit Anfechtungsklage erhob mit dem Erfolge, daß die Beschlüsse der Generalversammlung für nichtig erklärt wurden. Inzwischen ist bekanntlich zwischen der Verwaltung und der Opposition eine Verständigung erzielt worden. Zu dem Kapitalerhöhungsantrag ist noch zu bemerken, daß neben den 3 Millionen Markt alten Aktien noch 1,20 Millionen später ausgegebene Aktien bestehen, denen ein Bezugsrecht auf die jetzt beantragten neuen Aktien nicht zusteht. (D. Red.)

**Generalversammlungen.** Die H. u. F. Wihard A.-G. in Liebau beschloß in ihrer Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Prozen für die Stammaktien und 7 Prozen für die Vorzugsaktien und genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Millionen Markt. — Die ordentliche Generalversammlung der Rattundruckerei F. Sudek Aft. Ges. in Langenbielau genehmigte den vorgelegten Abschluß und beschloß die Verteilung einer Dividende von 20 Prozen. („Konfett.“)

**Budapest, 9. Januar.** Demnächst soll eine neuerliche Einschränkung der Importbewilligungen besonders für Textilwaren erfolgen, und es wird, wie verlautet, eine Revision der Freilisten für Textilartikel vorgenommen werden. In der Begründung für diese Maßnahme wird angeführt, daß in der letzten Zeit zum Zwecke des Imports fremde Zahlungsmittel im Werte von beinahe 300 Millionen ungarische Kronen täglich in Anspruch genommen wurden. Nun sollen diese Ansprüche nur in einem Ausmaß von täglich etwa 20 Prozen dieses Betrages befriedigt werden, weil darauf hingewiesen wird, daß die ungarische Textilindustrie bereits zum größten Teil den Bedarf Ungarns zu decken imstande ist und ein übertriebener Import von Textilwaren daher überflüssig erscheine. („Frankf. Ztg.“)

**Gewinnergebnisse der Textil-Aktien-Gesellschaften.** Die G.-B. der Gebr. Großmann A.-G. in Brombach setzte für das Geschäftsjahr 1921/22 (August 1922) die Dividende auf 55 Prozen für die Stammaktien (im Vorj. 0 Prozen Div.) und 7 Prozen für die Vorzugsaktien fest. In Markt beträgt die Dividende 19 940 000. Der Reingewinn beträgt bei einem Aktienkapital von 35,0 Millionen Markt 43 931 663 Mk. Dem Erneuerungsfonds wurden 10,0 Millionen Markt, dem Debitorenkonto gleichfalls 10 Millionen Markt überwiesen. Der Reingewinn beträgt also weit über 100 Prozen des Aktienkapitals.

Träntrn u. Würker Nachf. A.-G. in Leipzig-Lindenau. Das Betriebsergebnis (Vohrgewinn) im Geschäftsjahr 1921/22 stellt sich auf 16,054 Millionen Markt, aus welchem ein Reingewinn von 5,659 Millionen Markt (i. Vorj. 0,827 Millionen Markt) verbleibt. Verteilt wird eine Dividende von 40 Prozen. Es wird eine neue Kapitalserhöhung um 6 Millionen Markt geplant. Die Wollverwertungsgesellschaft Deutscher Schafzüchter A.-G. zu Berlin weist in ihrer Bilanz vom 30. September 1922 (1. Geschäftsjahr) bei einem Aktienkapital von 10,0 Millionen Markt einen Reingewinn von 5 092 Millionen Markt aus. Auf die Stammaktien wird eine Dividende von 45 Prozen gewährt, auf die Vorzugsaktien eine solche von 6 Prozen.

### Berichte aus Fachkreisen.

**Berlin.** Textilarbeiterjugend Groß-Berlin. Am 18. Februar 1923, abends 6 Uhr, findet in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Inselstr. 2/5, ein Handwerksburschenabend

statt. Als Programmpunkte kommen Quartette, Lieder zur Laute, Rezitationen, Vortrag, Gesellentänze und ein Schwanz in Frage. Der Eintrittspreis beträgt voraussichtlich 40 Mk. Karten werden nur im Vorverkauf von der Ortsverwaltung, Andreasstr. 17, ausgegeben.

**Annaberg-Buchholz.** In der am 7. Januar abgehaltenen, stark besuchten Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlung der Textilindustrie im oberen Erzgebirge referierte Geschäftsführer Hermann über die ablehnende Haltung der Unternehmer zu den eingereichten Lohnforderungen der Arbeiterschaft. Nach lebhafter Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die heute (Sonntag, den 7. Januar 1923) im Restaurant „Waldfischbühnen“, Buchholz, zahlreich versammelten Vertreter der Textilarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Orten des oberen Erzgebirges erheben energischen Protest gegen die ablehnende Stellungnahme der Unternehmer zu den Forderungen der Arbeiterschaft, eine der weiteren Verteuerung der Lebenshaltung — die u. a. ohne weiteres erkennlich ist in der Mietpreiserhöhung, in der beträchtlichen Steigerung der Heizmaterialien und Lichtpreise, in der Erhöhung der Arbeiterverpflegungsbeträge und der weiteren enormen Brotpreiserhöhung — entsprechende Lohnerhöhung zu gewähren. Das ablehnende Verhalten der Unternehmer bedeutet in seiner Auswirkung eine langsame Aushungern der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen wehren. Sie gelobt, durch einmütiges Zusammenhalten in der Organisation die zum Leben nötigen Existenzmöglichkeiten zu erkämpfen. Sie beauftragt die Verbandsleitung, alle Mittel zur Anwendung zu bringen, um eine für die Arbeiterschaft günstige Regelung zu erreichen.

**Ronneburg.** Auf 25 Jahre und mehr können als Verbandsjubilare zurückblicken die Kollegen Karl Loos, Emil Grüner, Albalbert Bernsdorf, Richard Wolf, unser langjähriger Schriftführer, sowie das langjährige Vorstandsmittglied und der jetzige Kassierer Karl Peetmann. Möchten alle Jubilare noch recht lange zum Wohle der Arbeiterschaft wirken können.

### Briefkasten.

Welcher von den lieben Verbandskollegen weiß etwas von meinem seit dem 17. Februar 1915 vor Rockincourt (Frankreich) vermissten Sohn, dem Pionier vom 19. Regiment (Straßburg-Elsaß), Karl Wiesner, geb. 13. 8. 1894 in Göpenitz (von Beruf Bootsbauer). Gültige Nachricht, eventuell auch von Kameraden, welche im Felde mit ihm zusammen waren, erbittet der Vater, Carl Wiesner, Berlin-Göpenitz, Glienicke Str. 10. (Entstehende Auslagen werden gern vergütet.)

## Bekanntmachungen.

### Vorstand.

Sonntag, den 21. Januar, ist der 3. Wochenbeitrag fällig.

**Aut Befluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.**

### Adressenänderungen.

- Gau Hannover.** Elmshorn. V: August Schönwälder, Goethestraße 19.
- Izehoe.** V: A. Wilhelm, Kleiner Wunderberg 5.
- Neumünster.** V: Heinrich Gösch, Ebnendorfer Str. 39. Briefe an den Geschäftsführer E. Heider, Fabrikstr. 32.
- Gau Kassel.** Eschwege. V: H. Münscher, Ludwigstr. 5a.
- Dhruf.** V u. K: Georg Rätze, Friedrichstr. 6.
- Gau Barmen.** Frankfurt a. M. V: Otto Bauer, Zeißelstraße 34, Hhs IV.
- Biesbaden.** V: Emil Wolf, Adlerstr. 36. K: Willy Wenl, Johannberger Str. 5.
- Gau Stuttgart.** Baiersbronn. V: Friedrich Hübler, Dorf.
- Erbach i. Ba.** K: Karl Gilbert, Rofhaarspinner, Untere Badstraße.
- Erbach.** K: Heinrich Weidmann, Erbach i. Odenwald, Am Ed.
- Hall (Schwäbisch).** V: Georg Schmidt, Brüdergasse 17.
- Hornberg (Schwarzwaldbahn).** V: A. Hohloch, Hauptstraße 137a. K: E. Fischer, Ziegelstobel 39. Die Filiale besteht noch.
- Rusel.** V: Emil Schäfer, Duchschmitzstraße.
- Oberachern.** V und K: Josef Striebel, Mößbach i. B., Amt Achern. Die Filiale besteht noch.
- Schiltach.** V: Raimund Harter, Schenckellerstr. 47. K: Rudolf Reinbold, Schloßbergstraße 3. Die Filiale besteht noch.
- Zweibrücken.** Ab 1. Januar 1923 mit Kaiserslautern verschmolzen.
- Gau Augsburg.** Coburg. K: Louis Stöcklein, Grub a. Forst Moosburg. K: Maria Hofmann, Landshuter Str. 365.
- Nördlingen.** V: Johann Strauß, Farbstraße 133.
- Waldmünchen.** V: Johann Haugl, Nr. 88 1/2.
- Weihenstadt.** V und K: Mag Dietel, Bergstr. 367.
- Gau Gera.** Blankenburg. V: Hermann Apel, Am Anger 263.
- Münchenbernsdorf.** V: Andreas Schulz, Rodaer Str. 34.
- Neustadt a. d. Orla.** K: Emil Höhn, Mühlstr. 34.

### § 42.

#### Umzugsunterstützung.

Unter Berücksichtigung der Ziffern 1—6 wird die Unterstützung in den höheren Klassen wie folgt gestaffelt:

Beitragsklasse	18—75 km			76—150 km			über 150 km				
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.			
110	1640	1650	1660	220	3180	3200	3220	240	3460	3480	3500
120	1780	1790	1800	240	3740	3760	3780	260	3740	3760	3780
130	1920	1930	1940	280	4020	4040	4060	300	4300	4320	4340
140	2060	2070	2080	350	5000	5050	5100	400	5700	5750	5800
150	2200	2210	2220	450	6400	6450	6500	500	7100	7150	7200
160	2340	2350	2360								
170	2480	2490	2500								
180	2620	2630	2640								
190	2760	2770	2780								
200	2900	2910	2920								

### § 43.

#### Erwerbslosenunterstützung.

Die Ziffern 1—10 bleiben unverändert. Die Unterstützungssätze in den höheren Klassen werden wie folgt gestaffelt:

Nach Beiträgen	110-Mk.-Klasse		120-Mk.-Klasse		130-Mk.-Klasse		140-Mk.-Klasse	
	pro Tag	Wöchentlich	pro Tag	Wöchentlich	pro Tag	Wöchentlich	pro Tag	Wöchentlich
52	110	30	120	30	130	30	140	30
156	110	40	120	40	130	40	140	40
312	110	50	120	50	130	50	140	50
520	110	60	120	60	130	60	140	60

### § 44.

#### Sterbeunterstützung.

Unter Berücksichtigung der Ziffer 1 beträgt die Unterstützung:

Nach geleisteten Beiträgen	In den Beitragsklassen									
	110	120	130	140	150	160	170	180	190	200
104	2520	2640	2760	2880	3000	3120	3240	3360	3480	3600
260	2560	2680	2800	2920	3040	3160	3280	3400	3520	3640
520	2600	2720	2840	2960	3080	3200	3320	3440	3560	3680
780	2640	2760	2880	3000	3120	3240	3360	3480	3600	3720

Nach geleisteten Beiträgen	In den Beitragsklassen						
	220	240	260	280	300	350	400
104	3840	4080	4320	4560	4800	5400	6000
260	3880	4120	4360	4600	4840	5450	6050
520	3920	4160	4400	4640	4880	5500	6100
780	3960	4200	4440	4680	4920	5550	6150

### Totenliste.

#### Gestorbene Mitglieder.

- Düffeldorf. Hulda Urianfomsk. Freystadt (Schlef.). Marie Fehner.
- Jüssen. Marie Ledwinka.
- Gelenau. Anna Marie Klaus, Auerbach; Karl Louis Lieberwirth, Auerbach; Mag Bruno Reuter, Herold.
- Göttingen. Luise Heine; Luise Heuchel.
- Hamburg-Altona. Wilhelm Schulz.
- Jahnsdorf i. Erzgeb. Ernst Hähle, Neukirchen; Klara Meinhold, Neukirchen; Louis Schneider, Neukirchen; Olga Dostreich, Jahnsdorf; Mag Heinze, Jahnsdorf; Helene Schüppel, Leutersdorf.
- Kirchhau und Cunewalde. Ida Lina Schmeer; Robert Richter; Karl Gustav Müller.
- Candeshut i. Schl. Pauline Anforge; Luise Vogt; Berta Schiller.
- Cunewalde. Hermann Kramer. Meerane. Karl Pomper; Hugo Emil Schlimper; Bruno Henle; Gustav Dittrich; Johann Bodenschlag.
- Mglaun-Nieschtan. Klara Wolf; Lisa Schuster; Eisa Beierlein; Anna Schleizer; Hermann Knoll; Albia Bauer.
- Osterode a. H. Elfe von Einem. Reichenbach i. V. Robert Hartmann; Emma Thomas. Ronneburg. Eduard Kröber. St. Tönis. Hubert Wellinghausen. Thalheim i. Erzgeb. Selma Rother, Brünlos; Robert Hofmann; Frieda Hanisch; Alma Junghans; Martha Helene Thierig, Zwönitz. Wittfenberge. Bernhard Köhn.

Ehre ihrem Andenken!

### Bekanntmachung.

Kollege Rödel ist seit Mitte Dezember 1922 als stellvertretender Reichsbevollmächtigter in den Dienst der Außenhandelsstelle für Textilwirtschaft getreten. Die Berufung erfolgte auf Vorschlag unseres Verbandes. Mit seinem Eintritt in den Dienst der Außenhandelsstelle für Textilwirtschaft ist Kollege Rödel vom Verbandsdienst beurlaubt, also für die Zeit seiner amtlichen Tätigkeit aus dem Verbandsdienst ausgeschieden. Wir bitten, für den Verband bestimmte Briefe nicht mehr an die Adresse des Kollegen Rödel, sondern nur noch an die Verbandsadresse zu richten.

Der Vorstand.

### Arbeiterinnenkonferenz in Sagan.

Auf Befluß des Zentralvorstandes findet am 10. und 11. Februar d. J. für die Gaue Brandenburg und Schlesien eine Arbeiterinnenkonferenz in Sagan statt. Die Filialvorstände werden ersucht, bis spätestens den 28. Januar die gewählten Delegierten der Ortsverwaltung Sagan zu melden, damit für gute Unterbringung Sorge getragen werden kann. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Ortsverwaltung Sagan. S. A.: Jos. Rieger, Sagan, Fischendorfer Str. 25.

### Für unsere Rohweißweberci

## erfahrene Vorrichter

zum sofortigen Eintritt in Dauerstellung gesucht. Nur solche, die mehrjährige gleiche Tätigkeit nachweisen können, kommen in Frage. Angebote mit Lebenslauf und Referenzen an: **Baumwollweberci Braunsbergwerke G. m. b. H., Hannover.**

### Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 19. Januar

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magasinstraße 6—7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreyer in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.